Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 80 Pfg.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Ausgaben Abends und Morgens angeliefert.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Nebenannahmestellen in Dresden bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg.
In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

21 Am See. | **Cotillon.** | Am See 21.
Knallbonbons. * Attrappen. * Luxuscartonnagen.
Oscar Fischer.

Arthur Schmidt, Drogengeschäft
Reisewitzerstr. 31 **Dresden-Löbtau** Reisewitzerstr. 31.
Annahme von **Inseraten** und **Abonnements** für die **„Dresdner Nachrichten."**

Schläuche Klappen **Platten** Ringe Schnüre **Walzen** Puffer Riemen aus **Gummi Guttapercha Asbest** fertigt in garantirt haltbaren Qualitäten **E. Böhme** Dresden Ferdinandstr. 13.

Aug. Kühnscherf & Söhne
Dresden-A., Grosse Plauensche Strasse 29
Bau-, Kunst- und Maschinenschlosserei.
Gegründet 1840.
Specialität: **Aufzüge** für Personen, Waaren, Speisen etc. mit elektrischem, hydraulischem, Transmissions- und Handbetrieb.

Kunstcorsets zur natürlichen Ausgleichung unregelmässiger Körperformen fertigt als Spezialität in künstlerischer Vollendung **Orthopäd** **M. H. Wendschuch sen.,** nur **Marienstr. 22b** im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11–12 Uhr.

Nr. 17. Spiegel: Eröffnung des englischen Parlaments. Hofnachrichten, Landtag, Verunstaltung von Gegenden, Veteranenversorgung, Handelskammer, Brüxer Grubenunglück. | Muthmaßliche Witterung: Regnerisch. | **Sonnabend, 18. Januar 1902.**

Zur Eröffnung des englischen Parlaments.

Die zweite Tagung des englischen Parlaments ist von König Eduard mit einer Thronrede eröffnet worden. Als die erste vor fünf Monaten schloß, nahm die Mehrheit des Parlaments mit dem sie führenden Kabinet als sicher an, daß beim Wiederzusammentritt der Volksvertretung der südafrikanische Krieg beendet und eine der Hauptaufgaben die Neuordnung in den annektirten Gebieten sein werde. Um so schwieriger, sollte man meinen, müßte sich inzwischen die Lage für das Ministerium Salisbury gestaltet haben, da ihm jetzt nichts Anderes übrig bleibt, als immer wieder mit der ihm eigenen Vertrauensseligkeit zu versichern, daß der Krieg zu Ende geführt werden wird und daß dies selbstverständlich nur durch die bedingungslose Unterjochung der Buren geschehen kann.

Indeß läßt die Thronrede kaum etwas von einer unbehaglichen Stimmung der regierenden Kreise erkennen. Mit einem Ausdruck des Bedauerns gleitet sie über die Thatsache, daß der Krieg noch immer nicht beendet ist, hinweg, um gleich darauf zu einer Lobpreisung der — Humanität überzugehen, mit der die englischen Soldaten „sogar zu ihrem eigenen Schaden" den Feind behandeln sollen. Was in den Augen der ganzen civilisirten Welt hinlänglich als eine unerhörte Ruchlosigkeit, als eine Verhöhnung der Satzungen des Völkerrechts und der modernen Kriegführung, als eine brutale Schändung des christlichen Namens gebrandmarkt ist, wird in der englischen Thronrede als Humanität gepriesen! Bisher war man außerhalb Englands darin einig, daß die Buren es sind, die die Räuber, die ihnen ihr Land verwüstet haben und ihre Frauen und Kinder langsam abschlachten, zu human behandeln. Der biedere Chamberlain dreht jetzt den Spieß um und schiebt König Eduard die Behauptung in den Mund, daß die Engländer gegen die Buren viel zu anständig Krieg führen. Vielleicht gelangt nun der britische Kolonialsekretär auch noch zu der Einsicht, daß es nur die humane Kriegführung der Engländer ist, um deren willen der Krieg nicht zu Ende kommen kann. Chamberlain und seine Genossen haben eine ganz eigene Art zu lügen: sie meinen durch den Superlativ der Lüge so verblüffen zu können, daß man ihnen Glauben schenken muß, weil kein anständiger Mensch eine solche Steigerung der Verlogenheit bei Ministern eines Großstaates überhaupt für menschenmöglich halten kann, oder sie wähnen, wenn sie eine Lüge unausgesetzt wiederholen und dabei jedesmal den Ausdruck der Wahrheitsbetheuerung um einen Grad verstärken, so müßten sie schließlich doch den Eindruck machen, als redeten sie die lautere Wahrheit. Aber sie täuschen sich: eine Lüge bleibt eine Lüge, auch wenn sie hundert Mal aufgetischt wird und das Urtheil über Chamberlain und seine Leute steht schon heute so unabänderlich fest, daß es nicht einen Augenblick erschüttert wird, auch wenn jetzt der Kolonialminister durch König Eduards Mund die Humanität der englischen Kriegführung verkünden läßt. Und da wundert man sich jenseits des Aermelkanals noch über die Thatsache, daß Albion von der ganzen Welt „verabscheut" wird, wie dies soeben von ministerieller Seite im englischen Parlamente konstatirt wurde.

Die Episode, die Chamberlain durch seine Schmähungen des deutschen Heeres heraufbeschworen hat, wird in der Thronrede vollständig ignorirt. Meine Beziehungen zu den anderen Mächten, sagte König Eduard, sind andauernd freundschaftlicher Art. Die parlamentarische Gefolgschaft des Kabinets Salisbury wird sich hierbei beruhigen und sich nicht weiter darüber aufregen, daß ein Minister die Unbesonnenheit begangen hat, einen Großstaat in unnützer Weise zu provoziren und dadurch eine immerhin bedenkliche Situation hervorzurufen. Vielleicht hat die Kühnheit, mit der Chamberlain Deutschland zu attackiren gewagt hat, sogar dazu gedient, seiner Popularität einen neuen Glanz zu verleihen. Jedenfalls ist die Disziplin der parlamentarischen Regierungsmehrheit eine solche, daß sie in der kritischen Lage, in der sich England trotz der Erklärung der Thronrede, daß sich der Gang der Operationen in Südafrika günstig gestaltet habe und der Schauplatz des Krieges erheblich kleiner geworden ist, nicht verlagen wird. Mit einer Bereitwilligkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, werden aller Voraussicht nach die Regierungsparteien keinen Anstand nehmen, die erforderlichen Geldmittel zur Weiterführung des Krieges zu bewilligen. An scharfen Angriffen von oppositioneller Seite gegen die Chamberlain'sche Politik wird es sicherlich nicht fehlen, aber die Regierungsposition kann dadurch schwerlich eine Erschütterung erfahren. Die liberale Opposition ist numerisch viel zu schwach und obendrein innerlich so zerklüftet, daß die Minister ihrem Ansturm mit Gemüthsruhe entgegensehen dürfen. Die imperialistische Strömung ist noch immer so allmächtig, daß sich ein Gesinnungsumschwung bis in die Reihen der Mehrheitsparteien nicht anzubahnen vermochte. Daß die Regierung in einer Zeit, wo die bisherige internationale Machtstellung Großbritanniens beständig auf dem Spiele steht, volle fünf Monate lang auf jede Mitwirkung und Kontrole des Parlaments verzichten durfte, ohne einen energischen Widerspruch zu erfahren, muß als ein starker Beweis für das unerschütterliche Vertrauen bewerthet werden, das noch immer in die Chamberlain'sche Politik und seine Führer von dem überwiegenden Theile des britischen Volkes gesetzt wird.

So lange der südafrikanische Krieg auf der Tagesordnung steht, müssen die innerpolitischen Fragen mehr oder weniger im Hintergrunde bleiben. Die wichtigste, die irische, hat in der Thronrede so gut wie keine Erwähnung gefunden, obwohl der kampfeslustige Chamberlain gegen die rebellischen Iren eine energische Kriegserklärung gerichtet hat. Um der drohenden irischen Obstruktion wirksam entgegentreten zu können, sollte die Geschäftsordnung des Unterhauses geändert werden. Chamberlain hat nämlich kürzlich die Mehrheit des Unterhauses eingeladen, „für eine ausgedehntere Beherrschung ihrer eigenen Geschäfte und für eine entschiedenere Zügelung derjenigen Männer zu sorgen, die das Parlament beleidigen und verhöhnen". Wird dieser Einladung entsprochen, so dürften sehr heftige Scenen zu erwarten sein, da die Iren der Chamberlain'schen „Maulkorb-Politik" den äußersten Widerstand entgegenstellen werden. Aber selbst wenn das Kabinet aus Opportunitätsgründen bis auf Weiteres darauf verzichten sollte, die irische Frage anzuschneiden, so fragt es sich doch, ob die Verhältnisse dies nicht zu einer zwingenden Nothwendigkeit machen. Je länger der unselige Krieg in Südafrika währt, um so schwieriger und bedrohlicher scheint sich die Lage in Irland gestalten zu sollen. In allen Theilen der grünen Insel zeigen sich Symptome der Gährung und revolutionäre Stimmungen. Militär und Polizei mußten bereits zur Aufrechterhaltung der Ordnung in mehreren Bezirken aufgeboten werden, in denen sich die Vorzeichen eines agrarischen Aufruhrs bemerkbar machten. Vier irische Abgeordnete sind wegen ihrer revolutionären Agitationen zu Gefängnißstrafen verurtheilt worden, und einen tiefen Einblick in die innersten Gesinnungen der Iren gegenüber England gewährt die Wahl des Führers der irischen Burenlegion, Lynch, in das Unterhaus. Die Möglichkeit, daß dieser sein Mandat wirklich ausüben könnte, hat bereits zu einer erregten Debatte im Unterhause Anlaß gegeben. Wenn sich die Regierung scheuen sollte, Chamberlain's Kriegserklärung an die Iren auszuführen und sich durch Verschärfung der Geschäftsordnung die Mittel zu schaffen, um die Iren im Unterhause mundtodt zu machen, so würde das nur aus der Furcht zu erklären sein, daß dadurch die rebellische Bewegung in Irland entfacht und der Regierung eine Verlegenheit bereitet werden könnte, der sie im gegenwärtigen Momente kaum gewachsen sein würde. Daß die Iren gerade jetzt wieder einen erneuten Versuch machen, ihre so oft unterdrückten Wünsche und Hoffnungen auf eine Besserung der Lage ihres Vaterlandes zu verwirklichen, darf als ein Zeichen dafür angesehen werden, daß die militärische Situation der Engländer in Südafrika noch lange nicht als eine so rosige angesehen werden darf, wie es der Thronrede nach den Anschein haben soll.

Neueste Drahtmeldungen vom 17. Januar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die Vorlage betreffend Verlegung der deutsch-dänischen Grenze an der Norderau und Kiermühlenau wird in erster und zweiter Lesung debattelos angenommen. — Abg. Zubeil (Soz.) begründet sodann die sozialdemokratische Interpellation betreffend Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit. Um der Arbeitslosigkeit abzuhelfen, sei vor Weihnachten so gut wie nichts geschehen, und auch jetzt warte man vergeblich auf ernstere Maßnahmen, obwohl der Nothstand täglich steige. Bei den hier und da veranlaßten Erhebungen und Konferenzen seien Arbeiter resp. Vertreter von Arbeiterorganisationen nicht hinzugezogen worden; kein Wunder, daß da vielfach sogar der Nothstand geleugnet worden sei. Bei einer solchen Konferenz habe der Oberbürgermeister von Halle die Arbeiter beschimpft und der anwesende Oberpräsident v. Bötticher habe dies nicht einmal zurückgewiesen, und in Frankfurt a. M. sei gegen die Umzüge von Arbeitslosen, bei denen auch nicht das geringste Anzeichen eines Krawalls zu beobachten gewesen wäre, die Polizei in einer Weise vorgegangen, die selbst in dortigen bürgerlichen Kreisen lebhafte Entrüstung hervorgerufen hätte. Wie der letzte Montag gezeigt habe, scheine in einer dortigen Konferenz, an welcher auch der Polizeipräsident von Wiesbaden theilgenommen habe, beschlossen worden zu sein, noch schärfer vorzugehen. Wer in Berlin die Ansammlungen vor gewissen Zeitungsexpeditionen sehe, werde wissen, daß es sich dabei nicht um sogenannte Pennbrüder, wie der Oberbürgermeister von Halle behauptet habe, handle, sondern um Familienväter, die ernsthaft Arbeit suchten. Leider hätten sich nicht alle Arbeiter an Organisationen angeschlossen, und letztere seien deshalb nicht im Stande, ein ganz vollkommenes Bild des herrschenden Elends zu geben; gleichwohl gehe schon aus dem wachsenden Umfange der Unterstützungen, welche den arbeitslos gewordenen Mitgliedern der Gewerkschaften gezahlt werden müßten, die Größe der Noth hervor. Die Regierung bekunde mehr Eile und Eifer, wenn es sich um den Nothstand von Landwirthschaft und Großindustrie handle. Als im Frühjahre in den Ostprovinzen wegen Auswinterung vorübergehend Noth geherrscht habe, da seien sofort Mittel bereit gestellt worden, hier dagegen, wo zahlreiche Arbeiter mit ihren Familien im Elende seien, denke man nicht an Maßnahmen zur Linderung der Noth. Seine Partei verlange an dauernden Maßnahmen vor Allem ein Arbeitsministerium, dann ein Arbeitsamt, hauptsächlich zum Zwecke einer fortschreitenden Arbeitsstatistik. Ganz besonders aber müsse verlangt werden Abkürzung der Arbeitszeit und ein Maximalarbeitstag, und zwar, da ein 8stündiger jetzt ja doch nicht zu erreichen sei, ein 10stündiger, ferner Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren, endlich gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises. Durchaus zu verwerfen sei der Vorschlag einer Arbeitslosenversicherung mit Arbeiterbeiträgen, denn die Krisen machten den Arbeiter ohne seine Schuld arbeitslos. Tief bedauerlich seien die Arbeiterentlassungen bei den Eisenbahnverwaltungen, auch der sächsischen. Statt dessen sollte man doch lieber Nothstandsbauten anordnen. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe von den verbündeten Regierungen und von den Reichsämtern Auskunft erbeten über den Stand der Arbeitsverhältnisse. Von Preußen wurde in einem Berichte geantwortet, daß ein Theil der Industrien allerdings darnieder liege. Arbeiterentlassungen würden so viel als möglich vermieden und wo sie unausbleiblich seien, würden zunächst ausländische Kräfte entlassen. Spezielle Berichte aus Berlin gipfeln darin, daß eine Besorgniß erregende Arbeitslosigkeit hier noch nicht herrsche. Eine Zusammenstellung aller Berichte, abgesehen von Preußen, lasse zwar erkennen, daß eine geschäftliche Depression vorhanden ist, aber kein eigentlicher Nothstand. Auch überwiege die Auffassung, daß in der geschäftlichen Lage der Tiefstand erreicht sei. Der Niedergang hat sich überhaupt nicht auf die gesammte Industrie erstreckt, sondern nur auf einzelne Zweige, so namentlich die Maschinen-, Holz- und elektrische Industrie. In anderen Zweigen werde sogar über Arbeitermangel geklagt, sodaß Ueberstunden gemacht werden müssen. In Sachsen, Baden, Sachsen-Weimar und Württemberg wird das Vorhandensein eines allgemeinen Nothstandes verneint; überall dort haben in keinem Theile des Landes starke Arbeiterentlassungen stattfinden müssen. In einigen Theilen Bayerns, in Unterfranken, Oberbayern und Pfalz, sind erhebliche Entlassungen erfolgt, aber in den übrigen Theilen Bayerns ist dies bis jetzt noch nicht nothwendig geworden. Redner giebt dann noch weiter Auszüge aus Berichten von Bremen, Lübeck usw., um fortzufahren: So ernst wie die Sache sei, so müsse man sich doch vor Uebertreibungen hüten. In Frankfurt a. M. sei bei dem Central-Arbeitsnachweis-Bureau immer noch der Nachweis von Arbeitsgelegenheiten möglich gewesen, auch seien die von der Stadt für die Arbeitslosen eingerichteten Werkstätten nicht in vollem Umfange benützt worden. Die Stadt Frankfurt habe sich daher auch noch nicht zu Nothstandsarbeiten veranlaßt gesehen. Alles in Allem komme man da doch zu dem Schlusse: Es ist hier in dieser Frage mit starken Uebertreibungen gearbeitet worden. In zahlreichen Branchen liegt die Sache gar nicht so schlecht, das müsse hier ausgesprochen werden. (Wiederholte Unterbrechungen links. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß sich in den noch bevorstehenden eigentlichen Wintermonaten die Dinge verschlechtern können. Deshalb habe ich mich auch mit den verschiedenen Reichsämtern in Verbindung gesetzt. Das Reichspostamt hat die Oberpostdirektionen angewiesen, mit begonnenen Bauten möglichst ohne Unterbrechung fortzufahren. Auch die preußischen Eisenbahnverwaltungen und das Reichsmarineamt haben Anweisungen ergehen lassen, wonach mit Bauten fortgefahren und alles Das, was zur Vergebung gelangen soll, möglichst jetzt schon vergeben werde. Im Wesentlichen ist ja die Abhilfe von Arbeitsmangel Sache der Kommunen und der Einzelstaaten. Das Reich könne nur vorgehen, sowie ihm etatmäßige Mittel zur Verfügung stehen. Ich kann daher nur Allen rathen, daß der neue Etat bald bewilligt wird. Der Staatssekretär weist auf die arbeitsstatistische Abtheilung des Statistischen Amtes hin. Für richtig hält er es, daß die Arbeitslosen-Zählung nicht unter Hinzuziehung der Polizei erfolge. (Rufe links: Hört! hört!) Der Polizei werde ohnehin schon zu viel zugemuthet. (Hört! hört!) Die Zählung solle nur unter Mitwirkung von Arbeitern und Arbeitgebern stattfinden. Erklärlich sei es, daß industrielle Arbeiter, die sich an die Großstadt gewöhnt hätten, nicht auf das platte Land wollten, sondern wenn sie dahin müßten, dies als eine Deklassirung betrachteten. Man begegne dieser Auffassung nicht nur in Arbeiter-, sondern auch in höheren Kreisen. Er spreche das offen aus. Man habe seine Weltanschauung oft eine agrarische genannt wegen seiner Thätigkeit für den neuen Zolltarif; aber daraus mache er kein Hehl: auf das platte Land wieder hinaus zwingen kann man die Arbeiter nicht. Jeden Versuch, die Freizügigkeit mittelbar oder unmittelbar zu beschränken, halte ich für vollkommen unlogisch. (Hört! hört!) Es giebt da nur ein Mittel, man muß die Landwirthschaft so stellen, daß sie im Stande ist, ihre Leute genügend zu bezahlen und dadurch auf dem Lande festzuhalten. Die Arbeiter freilich sollten sich auch sagen, daß eine sichere Stelle, wenn auch mit kleinem Lohn, doch immerhin viel werth ist. Was die Arbeitslosen-Versicherung anlangt, so müssen wir uns doch fragen, ob es nicht für uns noch Aufgaben auf dem Versicherungsgebiete giebt, die dringender und weitgreifender sind, als die Arbeitslosen-Versicherung, weil ihnen Verhältnisse zu Grunde liegen, die häufiger sind und dauernder als solche Krisen. Wenn die Gewerkschaften ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit versichern wollen, so würde ich darin allerdings eine sehr nützliche und segensreiche Thätigkeit sehen. Für den nächsten Augenblick, so resumirt der Staatssekretär, könne das Reich als solches jedenfalls nicht mehr thun, als die Arbeiten, die es selbst zu vergeben hat, sofort zu vergeben, und die Einzelstaaten und Kommunen müßten das Gleiche thun. — Abg. Hitze (Centr.) erklärt: Wenn die Interpellation nicht von den Sozialdemokraten eingebracht worden wäre, würden seine Freunde sich zu einer solchen Interpellation veranlaßt gesehen haben. Dem Staatssekretär könne man für seine eingehende, sachgemäße Antwort nur dankbar sein. Bezüglich der verlesenen Berichte wäre es allerdings von Interesse, zu wissen, aus welcher Zeit sie stammen. Die Ansichten über Das, was Nothstand sei, gingen wahrscheinlich doch etwas auseinander. Jedenfalls erscheinen die Berichte etwas optimistisch, ebenso die Annahme, daß in der Krise bereits der Tiefstand erreicht sei. Unverkennbar sei, daß die Arbeitgeber heutzutage rücksichtsvoller vorgehen als früher. Sie entlassen nicht mehr so viel Arbeiter, sondern helfen sich mit Reduktionen der Arbeitszeit und mit Feierschichten; trotzdem ist die Zahl der Arbeitslosen groß. Es ist deshalb angezeigt, daß Reich und Staaten Arbeit vergeben, so viel sie können; namentlich aber müssen die Kommunen so viel als möglich Nothstandsarbeiten vornehmen, Schulbauten, Wegebauten ꝛc. Man werde erwägen müssen, wie weit etwa der Bankrott an der Krisis mitschuldig sei und was etwa gegen die Wiederkehr solcher Vorfälle zu thun sei. Auch die Thätigkeit der Syndikate müsse genau untersucht werden; gute Dienste werde auch eine fortdauernde Produktionsstatistik leisten. Redner befürwortet schließlich die Errichtung von Arbeiterkammern. — Abg. Gothein (freis. Ver.) findet, daß der Staatssekretär die Lage doch zu optimistisch aufgefaßt habe. Wie er aus dem Munde des Generaldirektors eines eisenindustriellen Werkes wisse, habe dieses von früheren 3000 Arbeitern 1000 entlassen; gerade die Eisenindustrie und deren Lage sei doch das wichtigste und richtigste Kriterium für den Gesammtniedergang. Selbst gut fundirte und gut gehende